

Gemeinsame Stellungnahme von BER, BLBS und VLW

Nach PISA – Stärkung der berufsbildenden Schulen!

Übereinstimmend stellen Bundeselternrat (BER), der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen (BLBS) und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) fest, dass die berufsbildenden Schulen weiterhin gestärkt werden müssen, um ihre wichtige Rolle für die jungen Menschen an der Nahtstelle zwischen allgemein bildenden Schulen und dem Berufs- und Arbeitsleben sinnvoll ausfüllen zu können.

Die Untersuchungen zum Lernstand der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe haben die erheblichen Defizite von Schulabgängern ins öffentliche Bewusstsein gerückt, auf die von den ausbildenden Betrieben und den berufsbildenden Schulen schon lange hingewiesen wurde. Die Folgen Indikatoren für dieser Defizite sind tiefgreifende Probleme:

- Jeder 10. Jugendliche verlässt die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss und die Anzahl der Jugendlichen ohne eine hinreichende Ausbildungsreife steigt kontinuierlich,
- die steigende Abbrecherquote während der Berufsausbildung, zur Zeit über 20%, weist ebenfalls auf Defizite bei der Berufsvorbereitung und Berufsreife hin,
- in vielen Wirtschaftsbereichen bleiben Ausbildungsstellen unbesetzt, weil die Betriebe keine geeigneten Bewerber und Bewerberinnen finden und
- ca. jeder 15. Jugendliche eines Jahrgangs erreicht keinen beruflichen Abschluss.

Unsere Gesellschaft kann und darf sich diesen Bildungsnotstand nicht erlauben. Zur Korrektur dieser Fehlentwicklung – einerseits Mangel an Fachkräften in der Wirtschaft, andererseits ein wachsendes Heer von Un- und Angelernten am Arbeitsmarkt – wurde von den verantwortlichen Politikern bisher kein wirkungsvolles Handlungskonzept entwickelt. Der Bundeselternrat und für die Lehrerverbände mahnen an, dass es für alle jungen Menschen einen Weg geben muss, über die berufliche Bildung einen Weg zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zu einer qualifizierten Beschäftigung zu finden. Dies gilt für alle, die von den Folgen der Bildungsmisere in besonderem Maße betroffen sind. Es reicht nicht aus, nur für vorschulische Erziehung, Primarstufe und Sekundarstufe I Konsequenzen aus dem PISA-Debakel zu ziehen. Auch die Generation derjenigen, die als „PISA-Geschädigte“ nicht mehr von den Wirkungen der vorgesehenen Umsteuerung in den Anfangsjahren des Bildungsprozesses erfasst werden, hat einen Anspruch auf weitere Förderung. Diese Förderung kann nur von den berufsbildenden Schulen geleistet werden.

Bundeselternrat, BLBS und VLW setzen sich deshalb für eine Stärkung der berufsbildenden Schulen ein. An diesen Schulen stehen den jungen Menschen qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen zur Seite, die aufgrund ihrer eigenen Berufsbiographie die Arbeitswelt und ihre Anforderungen kennen und ihnen über die Bildung im Medium des Berufes eine Perspektive eröffnen können. Zugleich gibt es die Chance, Lernprozesse mit einem motivierendem Ansatz über die Beruflichkeit für den Abbau der Defizite zu nutzen. Wegen ihrer Kompetenz in der beruflichen Bildung können die berufsbildenden Schulen auch die Navigation in allen Fragen der Berufsausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung übernehmen.

Bundeselternrat, BLBS und VLW sehen die aktuellen Probleme am Arbeitsmarkt und bei der Ausbildungsplatzsituation auch als Aufforderung an die Politik, die beruflichen Schulen aktiv zur Überwindung dieser Talsohle zu nutzen. Qualifizierungsangebote in Verantwortung der berufsbildenden Schulen – möglichst unter Einbeziehung von Praxisanteilen – und besondere Maßnahmen sind dann unerlässlich, wenn der Ausbildungsstellenmarkt zu viele junge Menschen ohne Zukunftsaussichten lässt.

Aufgrund der Bedeutung der berufsbildenden Schulen im Prozess eines lebensbegleitenden Lernens fordern BER, BLBS und VLW :

1. Berufliche Bildung muss eine mit hoher Priorität versehene staatliche Aufgabe sein. Die Generation, die zur Zeit auf den Arbeitsmarkt trifft, muss eine Chance erhalten. Da diese Chance in der beruflichen Qualifizierung im dualen Berufsbildungssystem nur beschränkt möglich ist, müssen weitere Angebote von berufsqualifizierenden Bildungsgängen an den berufsbildenden Schulen vorgehalten werden.
2. Die von PISA erfassten Jahrgänge kommen, bzw. sind jetzt schon an den berufsbildenden Schulen. Ihnen muss durch gezielte Förderung Unterstützung gewährt werden, damit sie berufliche Perspektiven erhalten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Abbrecherquote sowie der Anteil ohne Ausbildung noch weiter steigt. Die gesamtwirtschaftlichen Folgekosten einer solchen Entwicklung sollten Argument genug dafür sein, jetzt alles zu tun, um hier eine Perspektive zu eröffnen.
3. Die jungen Menschen müssen deutlich erkennen können, dass das Lernen für sie Vorteile bringt. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Lernprozesse mit dem richtigen Gewicht versehen werden. Ein wichtiges Element für diese Gewichtung besteht darin, die an den berufsbildenden Schulen sowie auch an anderen Lernorten der beruflichen Bildung erbrachten Leistungen angemessen in Abschlüsse und Berechtigungen einzubeziehen, vor allem auch in den den Berufsausbildungsabschluss.
4. Die an den berufsbildenden Schulen vorhandenen pädagogischen Qualifikationen und die Kenntnisse über die Berufs- und Arbeitswelt sind systematischer als bisher zur Früherkennung von Defiziten und deren Ausgleich durch Fördersysteme zu nutzen und zur Navigation im im Prozess lebensbegleitenden Lernens einzusetzen.
5. Berufsbildende Schulen geben der Region Impulse zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung. Diese Dienstleistung gilt es verstärkt zu nutzen und im Sinne der Innovation in die regionalen Entwicklungsprozesse einzubeziehen. Dazu bedarf es der Weiterentwicklung der beruflichen Schulen hin zu mehr Selbstständigkeit im personellen, finanziellen und pädagogischen Bereich.
6. Zu einer zeitgemäßen beruflichen Bildung gehört eine den modernen Ansprüchen genügende Ausstattung, aber auch die Sicherung des ständigen Innovationstransfers in die beruflichen Schulen. Die Lehrkräfte der beruflichen Schulen entwickeln und aktualisieren ihre Qualifikationen durch eigene Initiative. Sicherung des Innovationstransfers bedeutet aber auch das Vorhalten eines angemessenen Fort- und Weiterbildungsangebotes durch die Bildungsministerien der Bundesländer.

Nur über die Umsetzung dieser Forderungen wird unserer Jugend ein qualitativ anspruchsvoller Weg in die Zukunft gesichert.

Berlin, 17. September 2003

Renate Hendricks Bundesvorsitzende des BER

Günter Besenfelder Bundesvorsitzender des BLBS

Manfred Weichhold Bundesvorsitzender des VLW